

Verwaltung soll Kostensteigerungen in der Ratssitzung am 18. September konkretisieren und sich zu den Möglichkeiten, durch Vertragsstrafen und Schadensersatz den Schaden zu minimieren, Stellung nehmen

Deutliche Kritik übt die FDP-Stadtratsfraktion an der "Art und Weise, wie der Bau- und Planungsdezernent Politik und Öffentlichkeit über die Mehrkosten für die Sanierung und den Umbau des Kaiser-Wilhelm-Museums informiert hat".

Beigeordneter Martin Linne hatte im Bauausschuss am 2. September mitgeteilt, dass sich die Baukosten erheblich erhöhen würden, hatte aber keine genauen Zahlen genannt. Dazu erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann: "Es ist schon ungewöhnlich, dass eine solche für eine Stadt im Nothaushalt wichtige Mitteilung nicht auf der Tagesordnung erscheint, sondern in der Sitzung en passant erteilt wird. Noch bemerkenswerter ist es, dass die Verwaltung im Gegensatz zu früheren Kostensteigerungen nunmehr völlig auf eine Bezifferung der Mehrkosten verzichtet. Anscheinend soll die Politik und die Öffentlichkeit mit vagen Informationen ruhig gestellt werden. Später, wenn die Mehrkosten dann feststehen, wird die Verwaltung sagen, man habe ja die Politik rechtzeitig informiert."

Die FDP hält das Vorgehen der Verwaltung im Hinblick auf die Haushaltssituation der Stadt Krefeld für nicht akzeptabel und erwartet konkrete Informationen spätestens in der Ratssitzung am 18. September.

"Darüber hinaus interessiert uns, welche Chancen die Verwaltung sieht, durch die Geltendmachung von Vertragsstrafen und Schadensersatzansprüchen wenigstens den Schaden zu begrenzen. Wenn mit Baumaßnahmen beauftragte Unternehmen wirklich nicht ihren vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Stadt nachgekommen sein sollten, darf dies nicht folgenlos bleiben!"